

Pressemitteilung vom 01.10.2014

Betreuungsvereine in finanzieller Not – Politik muss handeln

Stuttgarter Bundestagsabgeordnete zu Vor-Ort-Besuch bei den Stuttgarter Betreuungsvereinen

Die Betreuungsvereine erfüllen wichtige gesetzliche Aufgaben. Sie leisten Hilfe und Unterstützung sowie die gesetzliche Vertretung eines volljährigen Menschen, der selbst nicht mehr ausreichend seine Angelegenheit regeln kann und übernehmen die Gewinnung und Begleitung ehrenamtlicher Betreuer/innen. Nun sind die Vereine selbst in die Hilflosigkeit geraten und benötigen dringend Unterstützung und zwar von der Politik. Denn schon seit Jahren ist die von Bund und Land vorgegebene Finanzierung, die im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) gesetzlich geregelt ist, nicht mehr auskömmlich. Die Vereine stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand.

Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne, initiiert durch die katholischen Betreuungsvereine SKF und SKM mit dem Titel „Wir sind dann mal weg?!“ haben die vier in Stuttgart bestehenden Betreuungsvereine (Betreuungsverein Stuttgart-Filder e.V., Evangelische Betreuungsverein Stuttgart e.V., der Betreuungsverein des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. und Anthropos Betreuungsverein Stuttgart e.V.) die Bundestagsabgeordneten aus Stuttgart eingeladen, um über die fatale finanzielle Situation zu informieren. Dr. Stefan Kaufmann, MdB CDU und Ute Vogts, MdB SPD folgten der Einladung.

Im Gespräch forderten die Vereine die Bundespolitiker dringend auf, sich für eine bessere und leistungsgerechte Finanzierung der Betreuungsarbeit sowie für eine laufende Dynamisierung entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung einzusetzen. Denn durch die schon seit Jahren bestehende Unterfinanzierung sind die Betreuungsvereine im gesamten Bundesgebiet inzwischen in ihrer Existenz gefährdet. Einige Vereine haben bereits aufgegeben, weil sie die Lücken nicht mehr aus eigener Kraft schließen können. Wenn sich nichts ändert, müssten 800 Betreuungsvereine im Bundesgebiet ihre Arbeit einstellen. Wenn es dazu kommt, wird es für das Gemeinwesen allerdings erst richtig teuer. Bis zu eine Millionen Menschen wären davon betroffen, wenn sie ihre oft über Jahre vertrauten ehrenamtlichen und beruflichen Betreuer/innen verlieren würden. Diese Betreuungen müssten dann von freiberuflichen Betreuer/innen übernommen werden. Zusätzliche Kosten: 1,5 Milliarden Euro.

Die Aufgaben der Betreuungsvereine sind gesetzlich vorgeschrieben. Zum einen werden Familienangehörige und ehrenamtliche Betreuer/innen beraten und bei ihrer anspruchsvollen Aufgabe begleitet. Das ist die Kernkompetenz der Vereine. Zu dieser sogenannten Querschnittsarbeit gehört auch die Beratung zu Vorsorgemöglichkeiten durch Vollmacht und Betreuungsverfügung. Diese Querschnittsarbeit wird über die Länder und Kommunen finanziert, allerdings nicht kostendeckend. Zum anderen führen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsvereine selbst rechtliche Betreuungen, häufig bei Menschen mit vielschichtigen Problemlagen. Diese Arbeit wird über Vergütungspauschalen finanziert, deren Höhe über das VBVG bestimmt ist und über die Justizhaushalte der Länder finanziert wird, soweit die betreuten Personen nicht über eigenes Vermögen verfügen.

Seit 2005 ist diese Pauschale nicht mehr angehoben worden. Allein die Personalkosten sind in dieser Zeit jedoch um 18 % gestiegen. Zudem hat sich die Betreuungssituation selbst durch den demografischen Wandel, die immer komplexeren Belastungssituationen der Betreuten und ihrer Angehörigen sehr verändert und zu deutlich höherem Betreuungsaufwand geführt. Es fehlt also Geld für beide Schwerpunkte dieser Arbeit. Und es kommt noch schlimmer: Alle politischen Versuche, die stetig ansteigenden Kosten im Betreuungswesen einzudämmen, führen zu einer paradoxen Situation. Je weniger Geld für das Führen von hauptamtlichen Betreuungen und für die Querschnittsbereich gezahlt wird, desto mehr Betreuungen müssen durch die beruflichen Mitarbeitenden der Vereine übernommen werden und desto weniger Zeit steht für die Ehrenamtsarbeit zur Verfügung. Das spart kein Geld. Im Gegenteil: Das verursacht am Ende nur noch mehr Kosten.

Im Gespräch stellte Dr. Kaufmann denn auch lapidar fest: "In der Sache sind wir uns einig." Ute Vogt stimmte ihm zu, weist aber ergänzend darauf hin, dass nicht nur der Bund sondern auch die Länder ins Boot geholt werden müssen, da Letztere die Mehrausgaben finanzieren müssten. "Hier muss man sich Gedanken machen, ob im Rahmen der anstehenden Gespräche zum Bund-Länder-Ausgleich dieses Thema eingebracht und eine Lösung gefunden werden kann", so Vogt. Es ist zu hoffen, dass das Problem in baldige angegangen wird. Nur durch eine Verbesserung der finanziellen Situation können die Betreuungsvereine ihre wichtige Arbeit fortsetzen! Die Politik – Bund und Land – sind jetzt gefragt.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Christa Reuschle-Grundmann, SkF, Tel.: 0711/92562-26 und Herr Wolfgang Weiß, Betreuungsverein Stuttgart Filder e.V., Tel.: 0711/7823923 zur Verfügung

V.i.S.d.P. Angela Riße
Geschäftsführerin
Sozialdienst kath. Frauen e.V.

